

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



Februar 2007

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief erhaltet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Die nächste Kommunalwahl kommt bestimmt
2. Aktuelle Schulinfos auf der GAR-Internetseite
3. Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung am 3.3.2007
4. Einladung zum GAR-Seminar am 3.3.2007 in Stuttgart: ökologische Bauleitplanung
5. Bilanz der Verwaltungsreform
6. Priorität für Qualität im Kindergarten
7. Asbestskandal von Hockenheimern Grünen aufgedeckt
8. Klimaschutz im Landeshaushalt
9. Neuer Newsletter der grünen Landtagsfraktion
10. Klimaschutz in der EU – Veranstaltung am 15.2.2007 in Stuttgart
11. EU-Kommission sägt weiter am Existenzrecht der Sparkassen
12. Broschüre zum ökologischen Bauen

## **1. Heute schon an morgen denken**

Im nächsten Jahr stehen wieder die Listenaufstellungen (bzw. die Vorbereitungen dafür) an. Nein, nicht schon wieder, werden diejenigen stöhnen, die in 2003 diese Aufgabe geschultert haben. Und selbst wenn diese Mühsal wieder auf uns zukommt - müssen wir denn jetzt schon daran denken? Können wir nicht noch eine Weile den kommunalpolitischen Boden unbeschwert beackern? Ich gebe zu, dieser erste Hinweis auf die nächsten Kommunalwahlen kommt früher als gewohnt und auch früher als unbedingt notwendig.

Für die letzte Kommunalwahl hat die GAR einen Reader angeboten, wie neue InteressentInnen für die Liste gewonnen werden können. Das werden wir natürlich auch für 2008/9 wiederholen. Wir haben dort allerdings nur das zusammengetragen, was kurzfristig auf die Beine gestellt werden kann. Bewusst weggelassen haben wir die Strategien, die eine längere Vorlaufphase gebraucht hätten. Etwa: „Wir greifen in unsere Kartei der örtlichen Initiativen, wir stöbern die Namen derjenigen durch, die uns durch engagierte Leserbriefe aufgefallen sind, wir ergänzen unseren Halbzeit-Rechenschaftsbericht durch die jüngeren Aktivitäten, wir nutzen verstärkt unseren gut gepflegten Mail-Verteiler für an unserer Arbeit Interessierte zur KandidatInnensuche.....“

Langer Vorrede kurzer Sinn:

Es gibt im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen die eine oder andere langfristige Vorbereitung, die jetzt schon anlaufen kann und sich ohne größeren Kraftaufwand über die nächsten anderthalb Jahre hinzieht.

Dazu gehört auch, die vorsichtige und im jetzigen Stadium wohl auch meistens diskret gehandhabte Überlegung, wer vielleicht aufhören möchte. Diesen jetzt noch mit voller Kraft engagierten – aber ab 2009 dann ehemaligen - Rätinnen und Räte kommt bei der Suche nach neuen Leuten eine ganz besondere Rolle zu. Ohne sich die eigene Konkurrenz bei der Listenaufstellung ins Haus zu holen, können sie ihren Bekanntheitsbonus voll in die Waagschale werfen und von ihren Erfahrungen berichten.

Die GAR wird beim Bemühen, die örtlichen Listen bei der Wahl zu unterstützen, dieses Mal auf diese AussteigerInnen zugehen, um sie für die Mitarbeit bei der Listenfindung zu gewinnen.

Wer sich jetzt schon damit befasst, dass das Ende der Wahlperiode bereits am Horizont sichtbar wird, kann das im Ruhepuls tun. Wir können irgendwo hinten in der Hängeregistratur die ersten Merkzettel verstauen, auf der Festplatte die ersten Dateien anlegen und im Gehirn die ersten Synapsen schalten. In den GAR-Rundbriefen wird im laufenden Jahr dieses Kapitel immer wieder angesprochen werden.

## 2. Informationen zur Schulentwicklung

Die wichtigsten Informationen und Analysen des GAR-Seminars zur Schulentwicklung – hier speziell zur Zukunft der Hauptschulen – kann auf der GAR-Internetseite eingesehen werden <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381> .

Auf Wunsch werden die Folien und Referate auch als Datei oder in Papierform versandt. Mit fast 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war das Seminar sehr gut besucht. Die Referate wurden mit großem Interesse aufgenommen und die Debatten zeigten, wie sehr die Fragen um Zukunft der Hauptschulen die Bildungsdiskussion in Schwung bringt. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an Brigitte Schmid (LAG Schule) und Renate Rastätter, MdL.

## 3. Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung am 3.3.2007

Liebe GAR-Mitglieder,

wir laden Euch herzlich ein zur diesjährigen GAR-Jahreshauptversammlung. Neben den Vereinsregularien steht die Jahresplanung für 2007 auf der Tagesordnung. Wir freuen uns auf Eure Anregungen.

**Die JHV findet am Samstag, den 3.3.2007 um 14:00 Uhr (bis ca. 15 Uhr) im Fraktions-sitzungssaal der grünen Landtagsfraktion in Stuttgart statt, im Anschluss an das Seminar zu ökologischen Bauleitplanung.**

Eine Wegbeschreibung lassen wir Euch auf Anfrage gerne zukommen.

Tagesordnung

1. Aktuelle Nachrichten aus der Kommunal- und Landespolitik
2. Jahresrückblick auf 2006: Rechenschaftsbericht von Vorstand und Geschäftsführung
3. Jahresabschluss des Haushaltes 2006
4. Entlastung des Vorstandes
5. Beschluss über den Haushalt 2007
6. Jahresplanung für das Jahr 2007, Wünsche und Vorschläge der anwesenden Mitglieder
7. Sonstiges

Wir hoffen, dass wie in den vergangenen Jahren einige den Weg zur JHV finden und damit ihr Interesse an der GAR zum Ausdruck bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand und Geschäftsführung

i.A. Sabine Schlager

#### 4. Seminar zu ökologischen Festsetzungen in Bebauungsplänen

**Am Samstag, den 3. März von 10:30 Uhr bis 13:30 Uhr bietet die GAR ein Seminar an über ökologische Festsetzungen in Bebauungsplänen.**

Der Referent, Olaf Hildebrandt ist Dipl.-Ing. der Fachrichtung Architektur und Geschäftsführer der ebök GmbH (ein Planungsbüro mit einer breiten Angebotspalette rund um das Thema Energieeffizienz). Der Veranstaltungsort ist der Fraktions Sitzungssaal der grünen Landtagsfraktion in Stuttgart.

Nach einem Vortrag mit anschließender Diskussion ist bei einem Mittagsimbiss Gelegenheit für den Informationsaustausch untereinander. Wir freuen uns auf viele grün-alternativen Mitglieder in den Planungsausschüssen der Kommunen und weitere InteressentInnen.

Wer teilnehmen möchte, melde sich bitte im GAR-Büro an. Für Mitglieder ist das Seminar kostenfrei. Nichtmitglieder bezahlen 15 € inklusive Imbiss.

#### 5. Bilanz der Verwaltungsreform

##### 1. Negative Bilanz des LNV

Der Landesnaturschutzverband hat zwei Jahre nach der Verwaltungsreform eine Bewertung vorgenommen. Danach sind die Leidtragenden zum einen die Natur, welcher immer weniger die dringend notwendige Sorgfaltspflicht zu Gute kommt, zum anderen jedoch auch die Bürgerinnen und Bürger, die vergeblich Rat suchen. Auch die Wege der Entscheidungsfindung sind nach Meinung der Befragten undurchsichtiger geworden: "Heute gibt es nur noch eine Stimme, nämlich die des Landrats", monierte der LNV-Chef. Dieser lege großen Wert auf eine einheitliche Außendarstellung und bringe seine Bediensteten daher rechtzeitig "auf Linie". In den Augen von Reiner Ehret hat die von Ex-Ministerpräsident Teufel durchgeboxte Verwaltungsreform deshalb – zumindest was den Naturschutz angeht - gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was von seinem Macher versprochen wurde: Mehr Umständlichkeit, naturschutzfachlich schlechtere Entscheidungen, "Kleinstaaterei" und weniger Transparenz für den Bürger. In einem Brief an Ministerpräsident Oettinger, der die umfangreiche Vorschlagsliste des LNV zur Evaluierung der Verwaltungsreform begleitet, schreibt Ehret deshalb: "Ich hoffe, dass Sie nach dem Studium unserer Ausarbeitung erkennen können, dass wir uns mit großem Ernst bemüht haben, Ihnen bei der notwendigen Korrektur der Verwaltungsreform 2005 mit kritischen, sachlichen Argumenten zu helfen."

Diese Ausarbeitung steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1389> und kann als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden.

##### 2. Zur Evaluation durch die Landesregierung

Geheimunternehmen "Evaluation der Verwaltungsreform"

Die angekündigte Evaluation der Verwaltungsreform hat mit dem Versand von Fragebögen an die Stadt- und Landkreise durch das federführende Innenministerium begonnen. Die Landesregierung will aus der Überprüfung der umfassenden Behördeneingliederung bei den Land- und Stadtkreisen ein geheimes Unternehmen machen. Die von 28.2.-29.3.07 geplanten 5 Anhörungen sollen mit den Land- und Stadtkreisen rein regierungsintern stattfinden. Die Opposition im Landtag soll draußen bleiben. Von Juli bis Oktober 2007 soll - wieder nur intern - die "politische Abstimmung der Eckpunkte zur Weiterentwicklung des VRG" (so das IM) abstimmen. Erst wenn alles abgevespert ist soll es im November 2007 einen "Bericht" an den Landtag geben. Dann darf die Opposition meckern, die Landesregierung will die Fortsetzung der Verwaltungsumbaus im gleichen Monat eh allein entscheiden. Man merkt sofort, das

hat Methode: Alle kritischen Stimmen, alle weitgehenden Forderungen sollen so still gehalten werden.

Dass es so friedlich nicht über die Bühne gehen wird, zeigt bereits der nachfolgende Bericht über die Stellungnahme des Landesnaturschutzverbandes. Die grüne Landtagsfraktion bereitet zur Zeit eine Reihe von Initiativen, begleitend zum Regierungsprogramm, vor.

Es macht für alle grünen Fraktionen in den Land- und Stadtkreisen viel Sinn, jetzt eine öffentliche Überprüfung und Debatte über die Ergebnisse der Verwaltungsreform einzufordern. Die Verwaltungen sind am Schreiben und Bilanzieren, diese Berichte gehören unbedingt in die Kreis- und Stadtparlamente.

Zusätzlich sind GAR und Landtagsfraktion sehr an den Einschätzungen der grünen Land- und Stadtkreisfraktionen und an kritischen Stellungnahmen interessiert. Wenn Ihr Erklärungen, Pressemitteilungen usw. zur Verwaltungsreform macht, Fragen, Vorschläge usw. dazu habt, sendet diese / wendet Euch bitte an die GAR und an die Landtagsfraktion (zuständig ist Uli Sckerl, per Mail: [hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de](mailto:hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de) (Uli Sckerl)

## 6. Priorität für Qualität im Kindergarten

Mit dieser programmatischen Aussage beginnt der zweiseitige Beschluss der grünen Landtagsfraktion zur Rolle der Kindergärten für die frühkindliche Bildung. Der ganze Text steht auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=2303>

Ein ausführliches Eckpunktepapier zur frühkindlichen Bildung von Brigitte Lösch, MdL steht an derselben Fundstelle. Die Texte können auch als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden.

Unter dem Titel „**Kinderbetreuung – Qualität statt billig**“ hat die Stuttgarter grüne Gemeinderatsfraktion einen Antrag eingereicht, der differenziert auf die Forderung nach einem kostenlosen dritten Kindergartenjahr reagiert. Die Grünen listen die noch ausstehenden Verbesserungen im bestehenden Betreuungsangebot auf und fragen nach, wie viele Kleinkindbetreuungsplätze mit demselben Geld eingerichtet werden könnten. Auch dieser Antrag steht im Internet und kann im GAR-Büro bezogen werden.

## 7. Grüne in Hockenheim decken überhöhte Asbestwerte auf

Mitten im FFH-Gebiet hat in den Hockheimer Rheinauen eine Asbestverbrennungs-Firma mit Genehmigung durch das Landratsamt Rhein-Neckar seit Jahren unsauber gearbeitet und munter gegen die Auflagen verstoßen, sowohl bei der Lagerung als auch bei der Verbrennung des asbesthaltigen Materials. Seit Jahren protestierten Anwohner, umliegende Bauern und Naturschützer vergebens gegen die Gefährdung und Geruchsbelästigung. Auf Druck eines Bündnisses, das wesentlich vom lokalen grünen Fraktionsvorsitzenden Adolf Härdle und vom NABU-Vertreter Andreas Diebold ins Leben gerufen wurde, ist jetzt endlich durch das Regierungspräsidium Karlsruhe nachgemessen worden: Die erlaubten Höchstwerte an Asbest und selbst wesentlich erhöhte Dioxinwerte wurden entdeckt. Die vorläufige entzogene Betriebsgenehmigung ist ein erster Schritt. Aber der Betreiber klagt und es stehen schon neue Interessenten vor der Tür, die das Geschäft mit der Asphaltverbrennung gerne weiter betreiben würden. Die Landesregierung scheint nicht abgeneigt zu sein, den dauerhaften Betrieb wieder möglich zu machen - kommt sie doch so um die Entsorgungskosten des Geländes herum. Die Forderung der Hockheimer Grünen und des Bündnisses für asbestfreie Rheinauen: Der Betrieb einer Asbestverwertungsanlage ist an dem Standort dauerhaft zu verhindern. Wer

Interesse an der Vielzahl von Gemeinderats- und Kreistagsinitiativen dazu hat, wende sich an Adolf Hårdle: [Ahaerdle@t-online.de](mailto:Ahaerdle@t-online.de) . Siehe auch Abgeordneten Antrag Theresia Bauer DS 14/750: Rechtliche Vorschriften zur Genehmigung von Anlagen zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle und Dioxinbelastung. (Theresia Bauer, MdL)

## 8. Klimaschutz im Landeshaushalt

### **Energiepolitik: Was passiert im Landeshaushalt 2007/2008?**

Eine neue Energiepolitik war im Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2007/2008 leider nicht zu finden. Von einer Umsetzung des von Ministerpräsident Oettinger angekündigten Einsatzes für Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien kaum eine Spur. Bei den Haushaltsberatungen verwendete die CDU-Fraktion dann ihr ‚Spielgeld‘ zum Teil für Duftmarken für eine Energieeffizienz-Initiative, die auch wir gefordert hatten, und einem ‚Impulsprogramm und Wärmenetze mit regenerativen Energien‘. Dies wird das Altbausanierungsprogramm für selbstgenutzte Wohnimmobilien ablösen, für dessen Erhalt wir uns eingesetzt haben. Im Bereich der Biomasse stehen geringfügig mehr Investitionsmittel für Demonstrationsvorhaben und ähnliches zur Verfügung, was genau damit geschehen soll, ist beim neu zuständigen Wirtschaftsministerium aber offensichtlich noch unklar.

Besonders relevant für die Kommunen: Beim Kommunalen wie beim Allgemeinen Klimaschutz-Plus-Programm ist leider Stillstand angesagt: Mit 6 Mio. € bzw. rund 4 Mio. € soll es so weitergehen wie bisher. Dabei waren beide Programme, mit denen die energetische Sanierung von Nicht-Wohngebäuden und der Einsatz von Erneuerbaren Energien in Kommunen gefördert werden, 2006 bereits im Juni überzeichnet. Als grüne Landtagsfraktion haben wir beantragt, hier eine Umschichtung innerhalb des Kommunalen Investitionsfonds vorzunehmen: Wir wollen 10 Mio. € im Jahr 2007 und 15 Mio. € im Jahr 2008, die für die Sanierung von Abwasserbeseitigungsanlagen vorgesehen sind, umschichten in das das Kommunale Klimaschutz-Plus-Programm. Mit einer solchen Investitionshilfe für die Kommunen könnte die angesichts des dramatischen Klimawandels dringend notwendige Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gerade aus vorangebracht werden – wir können nicht weiter hinnehmen, dass gerade bei unseren öffentlichen Gebäuden aus dem Fenster herausgeheizt wird!

Nähere Informationen bei Franz Untersteller [franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de](mailto:franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de) Tel. 0711 2063 689 (Franz Untersteller, MdL)

## 9. Neuer Newsletter der Grünen Landtagsfraktion

Wer sich einen Überblick über die laufenden Aktivitäten der grünen Landtagsfraktion verschaffen möchte, kann ab sofort auf ein neues Medium zurückgreifen: Den Newsletter der Grünen im Landtag. [http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/166/166386.newsletter\\_12007.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/166/166386.newsletter_12007.htm)

Hier können die einzelnen Ausgaben im Internet gelesen werden.

Auf Wunsch wird er auch per Mail zugeschickt. Unter dem Button Service kann er abonniert werden. <http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/service/rubrik/1/1043.presseabo.htm> .

## 10. Veranstaltung zum Klimaschutz in Europa

Heide Rühle, Mitglied des Europäischen Parlaments, und die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg laden Sie herzlich ein:

**EU-Energiepolitik: Europa – Vorreiter oder Bremsen beim Klimaschutz?**

## **Podiumsdiskussion am Donnerstag, 15. Februar 2007, 18.00 Uhr**

im Plenarsaal des Landtags Baden-Württemberg in Stuttgart

Es diskutieren:

**Rebecca Harms**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament

**Jürgen Hogrefe**, Generalbevollmächtigter Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Moderation: **Jürgen Walter**, europapolitischer Sprecher der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Alle Informationen zu der Veranstaltung finden Sie in der angehängten Einladung und unter:

<http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/doc/550>

Anmeldung erbeten

per E-Mail: [tilo.berner@gruene-bw.de](mailto:tilo.berner@gruene-bw.de)

per Telefon: 0711 / 993 59 20

per Fax: 0711 / 993 59 99

## **11. Eu-Kommission sägt weiter am Existenzrecht der Sparkassen**

### **Heide Rühle kritisiert Kommissionsbericht über den Wettbewerb im Bankensektor Erneuter Angriff auf Sparkassen muss zurückgewiesen werden**

Die binnenmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, Heide Rühle, hat den heute von der Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes vorgestellten Abschlussbericht einer Sektorenuntersuchung über mögliche Wettbewerbsverstöße im Endkundengeschäft der Banken scharf kritisiert: „Kaum ist der Streit um den Namensschutz für Sparkassen beigelegt, schon holt die EU-Kommission zum nächsten Schlag gegen das bewährte dreigliedrige deutsche Bankensystem und vor allem gegen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen aus.“ Der Bericht der EU-Kommission greift die Verbundsstruktur der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland an, da die enge Zusammenarbeit den Wettbewerb im Bankensektor behindern könnte. Kroes droht deshalb mit kartellrechtlicher Prüfung des Geschäftsmodells. Laut Rühle übersieht die EU-Kommission dabei aber völlig, dass der Wettbewerb im deutschen Bankensystem weitaus besser funktioniere als in anderen EU-Staaten. Außerdem sei es fadenscheinig, wenn die Kommission vorgebe als Anwältin der Verbraucherinnen und Verbraucher zu handeln, so die baden-württembergische Europaabgeordnete. „Das Gegenteil ist der Fall: Die Politik der Kommission ist keineswegs im öffentlichen Interesse, sondern von der fixen Idee geprägt, dass nur Global-Player auf dem Bankensektor eine Daseinsberechtigung hätten. Dabei sind Genossenschaftsbanken und Sparkassen nicht zuletzt aufgrund der im Bericht angeprangerten Gebietsabgrenzung für die Verbraucher von wichtiger Bedeutung.“ Sie garantierten durch die Nähe zum Kunden auch in ländlichen und strukturschwachen Gebieten und für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen Zugang zu Finanzdienstleistungen. Und auch für Handwerker und kleine und mittlere Unternehmen seien Sparkassen als Kreditgeber unverzichtbar – und damit eine Triebfeder regionaler Wirtschaftsentwicklung, betonte Rühle. „Deshalb muss diese erneute Attacke gegen das deutsche Mischsystem im Bankensektor zurückgewiesen werden. Neben Privatbanken müssen auch öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Institute ihren Platz haben“, machte Rühle klar.

## **12. Broschüre zum ökologischen Bauen**

Weil im Januarrundbrief die angegebene Faxnummer ins Nichts führte, wird diese Broschüre im Februar noch einmal beworben:

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Beiträge des Fachgespräches zum nachhaltigen Bauen und Wohnen im Dezember zu einem Reader zusammengefasst. Er ist auf der Seite <http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/163/163080.pdf> abrufbar.

Die Fachbeiträge behandeln nicht nur die umweltverträglichen Baustoffe und das energiesparende Wohnen, sondern auch die stadtplanerischen Aspekte von nachhaltiger Siedlungsentwicklung, energieautarke Regionen und Flächenverbrauch. Da die Datei 4,5 MB groß ist, ist vielleicht die Druckversion geschickter. Sie ist für 1,50 Euro zu beziehen bei: Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, Infodienst, Platz der Republik, 11011 Berlin, Fax **030/22756566**, [public@gruene-bundestag.de](mailto:public@gruene-bundestag.de) unter dem Titel „Ökobau – Fachgespräch zum nachhaltigen Bauen und Wohnen – 16/38“.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive style and reads "Sabine Schlöger".